



Weitere Reaktionen zur Ausbürgerung Biermanns

19. November 1976

Information über weitere Reaktionen der Bevölkerung der DDR zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR des Wolf Biermann
[Bericht O/33]

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 5523, Bl. 5–8.

Serie (1976): Ablage O (Reaktion der Bevölkerung) – Der Bericht wurde Ende der 70er Jahre vom ZAIG-Sekretariat als Bericht K 3/5 der K-Reihe zugeordnet, im Berichtsverzeichnis aber als »K 3/6« bezeichnet.

Verteiler (im Dokumentenkopf): Mielke (zurück April 1977), Beater, Mittig, Scholz, Wolf, Leiter HA XX, Schorm (ZAIG), Ablage.

Vermerk (unter der Datumszeile): ZAIG-Tagebuchnummer: »2952/76«.

Verweise

Informationen [791/76](#), [796/76](#), [798/76](#), [809/76](#), [811/76](#), [815/76](#), [817/76](#), [828/76](#), [829/76](#), [837/76](#) und [876/76](#) – Berichte [O/28](#) von Mitte September 1976, [O/32](#) vom 18.11.1976, [O/34](#) vom 22.11.1976 und [O/35](#) vom 25.11.1976.

Übereinstimmenden Einschätzungen zufolge ist der Umfang der im Zusammenhang mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR für Biermann unter der Bevölkerung der DDR geführten Diskussionen angestiegen. In der überwiegenden Anzahl der Reaktionen finden die gegen Biermann getroffenen Maßnahmen seitens der DDR breite Zustimmung. Besonders wird begrüßt, dass unsere sozialistische Staatsmacht endlich gegen feindliche Elemente vom Schlage Biermanns konsequent vorgeht. Die Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR für Biermann wird als die einzig richtige Entscheidung der Regierung der DDR im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gewertet. Verbreitet wird die Meinung vertreten, dass Biermann in der BRD bald zur Bedeutungslosigkeit herabsinken und für den Gegner an Wert verlieren wird, da ihm mit den Maßnahmen der DDR praktisch der Boden entzogen wurde, der ihn bisher für den Gegner interessant machte. Im Zusammenhang mit den zustimmenden Meinungsäußerungen wird aber auch gleichzeitig die Befürchtung ausgesprochen, dass der Gegner versuchen wird, die Maßnahme der DDR gegenüber Biermann zu einer verstärkten Hetze und zu einer internationalen Diskriminierung der DDR auszunutzen. Verschiedentlich wird auch auf zu erwartende negative Reaktionen einiger kommunistischer Parteien Westeuropas verwiesen.

In einigen Meinungsäußerungen wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob Biermann durch die Maßnahmen der DDR nicht »erst richtig hochgespielt und populär gemacht worden sei«. Dadurch könnten Personen, die bisher kaum Interesse für Biermann gezeigt hätten bzw. Personen, für die Biermann bisher kein Begriff gewesen sei, angeregt werden, sich näher mit seiner Person zu beschäftigen. Es sei klar, dass dazu in erster Linie die Sendungen westlicher Massenmedien genutzt würden. Das könnte unter Umständen – da die Information durch Medien der DDR begrenzt sei – in bestimmten Kreisen zu falschen bzw. verzerrten Auffassungen zur Person Biermanns führen.

In Einzelmeinungen, vor allem bei Angehörigen der Intelligenz, wird zum Ausdruck gebracht, man könne sich zum Problem Biermann nicht äußern, weil zu wenig über sein Wirken und seine Rolle bekannt sei. Um über ihn und seitens der DDR getroffene Maßnahmen richtig urteilen zu können, müssten im Einzelnen seine Texte/Lieder usw. bekannt sein.

Negative und feindliche Reaktionen gibt es nach wie vor nur in einem geringen Umfang. Sie konzentrieren sich weiterhin auf die bereits in der Information vom 18. November 1976 genannten Personenkreise. Derartige Äußerungen enthalten unter anderem

- »es sei ein Ausdruck der Schwäche, wenn die DDR einen Biermann nicht verkraften könne,
- die Ausbürgerung Biermanns sei mit der weiteren Entspannung entsprechend der Schlussakte von Helsinki nicht vereinbar, ¹
- Biermann sei das Beispiel dafür, dass es nicht nur in der BRD, sondern auch in der DDR Berufsverbote gebe,
- die DDR-Führung könne keine Kritik vertragen und müsse zu solchen Maßnahmen greifen, da eine Inhaftierung Biermanns für sie unliebsame Komplikationen nach sich gezogen hätte,
- die Behauptung Biermanns, dass in Betrieben und auf Baustellen der DDR viel gestohlen werde, würde der Wahrheit entsprechen. (Derartige Äußerungen wurden zum Teil von Arbeitern in den verschiedensten Betrieben bekannt.)«²

Von einzelnen Bürgern (vor allem Antragstellern auf Übersiedlung und Entlassung aus der Staatsbürgerschaft) wurde in Diskussionen zum Ausdruck gebracht, dass sie durch den »Fall Biermann« in ihrer Absicht bestärkt worden seien, die Aktivitäten zur Forderung nach Übersiedlung und Entlassung aus der Staatsbürgerschaft noch zu verstärken. Man müsse dabei nur analog verfahren wie Biermann, Ausdauer aufbringen und sich nicht einschüchtern lassen.

In der Hauptstadt der DDR wurden am 18. November 1976 sowie in der Nacht vom 18. zum 19. November 1976 in weiteren zwölf Fällen Hetzlosungen geschmiert bzw. Hetzschriften verbreitet, in denen unter anderem die Rückkehr Biermanns gefordert wird.

Schmierereien ähnlichen Inhalts sind außerdem in je einem Fall im VEB Mansfeldkombinat »Wilhelm Pieck« Sangerhausen/Bezirk Erfurt, auf dem Betriebsgelände des VEB Luftfiltertechnik Wurzen/Bezirk Leipzig sowie in den Stadtgebieten von Halle-Neustadt und Gardelegen/Bezirk Magdeburg festgestellt worden.

In der Ingenieurschule für Automatisierung und Werkstoffkunde Hennigsdorf/Bezirk Potsdam, wurde von einem Studenten (22) an der Wandzeitung ein Hetzzettel mit einem Protest gegen die Ausbürgerung Biermanns angebracht.

In der Vorhalle der zentralen Poliklinik in Brandenburg/Bezirk Potsdam trat am 18. November 1976 ein in der Poliklinik beschäftigter Arbeiter (25) mit einem selbstgefertigten Hetzplakat als Demonstrativtäter auf. Die auf diesem Plakat angebrachte Losung wandte sich gegen die Maßnahmen, die gegen Biermann bzw. Kunze (Ausschluss aus Schriftstellerverband) getroffen wurden.³

1

Gemeint ist die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die vom 30.7. bis 1.8.1976 in Helsinki stattfand. Vgl. zum Wortlaut der Schlussakte Fastenrath, Ulrich (Hg): KSZE/OSZE: Dokumente der Konferenz und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Loseblatt-Ausgabe. Neuwied 1992, A1, S. 1–75.

2

Vgl. dazu die entsprechenden Äußerungen Biermanns in Köln in der Information [791/76](#).

3

Vgl. zum Ausschluss Kunzes die Informationen [765/76](#) u. [789/76](#).